

BUNDESVEREINIGUNG
BAUWIRTSCHAFT

DMB DEUTSCHER MIETERBUND

 DENEFF
DEUTSCHE
UNTERNEHMENSINITIATIVE
ENERGIEEFFIZIENZ

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt

 WWF®
for a living planet®


ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUGEWERBE ZDB

 Bundesverband
Farbe Gestaltung
Bautenschutz

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
 BUND
FREUNDE DER ERDE

 Metallhandwerk

 RS
DER FACHVERBAND

 DHV

 DNR
Deutscher Naturschutzring

 FÖS
GREEN BUDGET GERMANY
FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT

 IVH
INDUSTRIEVERBAND
HARTSCHAUM e.V.

 NABU

 Tischler
Schreiner
Deutschland

 VdZ
VdZ | Forum für
Energieeffizienz in der
Gebäudetechnik e.V.

 VDKF

 verbraucherzentrale
Bundesverband

 Raumausstatter
Handwerk

 Raumausstatter
Handwerk

 GEBÄUDE- UND
ENERGIETECHNIK
DEUTSCHLAND

Berlin, den 14. März 2011

Gemeinsame Stellungnahme zum CO₂-Gebäudesanierungsprogramm: KfW-Förderung für energetische Sanierung in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro weiterführen.

KfW-Programme „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ müssen wieder auf mindestens zwei Milliarden Euro aufgestockt und verstetigt werden, um die angestrebten Ziele des Energiekonzepts zu erreichen. Positive Effekte für Wirtschaft, Verbraucher, Staatshaushalt und Umwelt sind unbestritten. Ersatzneubau ist in die Förderung miteinzubeziehen.

Die deutliche Steigerung der Energieeffizienz ist der kostengünstigste Weg, den CO₂-Ausstoß und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu drosseln. Das größte Potenzial liegt im Gebäudebereich, mit einem Anteil von rund 40 Prozent am gesamten deutschen Energieverbrauch.

Die Bundesregierung strebt in ihrem Energiekonzept daher richtiger Weise an, den Primärenergiebedarf des Gebäudesektors bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, muss die Sanierungsrate jedoch mindestens verdoppelt werden. Drei Viertel des Altbaubestandes wurden noch vor der 1. Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Das größte Einsparpotenzial und die höchste Wirtschaftlichkeit der Sanierung bieten Wohnungen, die Ende der 50er bis Anfang der 70er Jahre gebaut wurden (rund 16 Millionen Wohneinheiten alleine in den alten Bundesländern). Zwar ist der Großteil der notwendigen Einsparmaßnahmen mittel- bis langfristig wirtschaftlich, die schnelle und umfassende Erreichung der Einsparziele wird jedoch nur möglich sein, wenn die Sanierungsaktivitäten der Hauseigentümer in den kommenden Jahren weiter angemessen, konstant und zuverlässig gefördert werden.

Neben der gezielten Förderung gilt es, wirkungsvolle Rahmenbedingungen für ein positives Investitionsklima zu schaffen, durch welche die wirtschaftlichsten Maßnahmen mittelfristig auch ohne Förderung schnell weitere Verbreitung finden. So kann der Förderbedarf langfristig gesenkt und haushaltsunabhängig finanziert werden.

Aktuell werden mindestens **zwei Milliarden Euro für das bisher sehr erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** benötigt, ergänzend zu den erheblichen Eigenmitteln, die der Hauseigentümer einbringt.

In den vergangenen Jahren wurde die **Fördersumme von 2,25 Milliarden Euro im Jahr 2009 kontinuierlich auf 1,35 Milliarden Euro (2010) bzw. 0,9 Milliarden Euro (2011) gesenkt**, und das, obwohl ca. 25 Millionen Wohnungen in Deutschland weiterhin sanierungsbedürftig sind. Entsprechend stagniert die Sanierungsrate, die gesteckten Ziele rücken in weite Ferne.

Dabei sind die **positiven Effekte** dieses Programms unbestritten:

- **Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte:** Ein Euro Förderung löst neun Euro private Investitionen aus. Diese gehen zu etwa 90 Prozent in die lokale Wertschöpfung und in den deutschen Mittelstand. Knapp 300.000 Arbeitsplätze werden so geschaffen bzw. gesichert. Diese positiven Arbeitsplatzeffekte sind gerade im Jahr 2012, in dem die Effekte der Konjunkturprogramme endgültig an Wirkung verloren haben werden, wichtig.
- **Reduktion der Energieabhängigkeit und geringere Energiekosten für Verbraucher und Gewerbe:** Die erzielte Verringerung des Endenergieverbrauchs der geförderten Objekte um knapp 30 Prozent fördert die Unabhängigkeit von ausländischen fossilen Energielieferungen - und sichert Verbraucher und Unternehmen gegen steigende Öl- und Gaspreise ab.
- **Haushaltseffekte:** Durch den Hebeleffekt entstehen durch jeden Euro Fördermittel allein 1,50 Euro an zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen, und zwar im gleichen Haushaltsjahr. Hinzu kommen Einnahmen aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie geringere Ausgaben im Sozialbereich aufgrund der positiven Wirkung der Investitionen auf die Beschäftigung. Somit finanziert sich das Programm nicht nur selbst, sondern es erhöht die Einnahmen des Staates.

- **Umwelt- und Klimaschutz:** Mit den Mitteln der KfW-Förderprogramme wurden 2009 knapp eine Million Tonnen CO₂ pro Jahr dauerhaft vermieden – es ist somit auch im Vergleich zu anderen Maßnahmen maximal kosteneffizient.

Die Tatsache, dass die KfW mit ihren derzeitigen Mitteln nicht in der Lage ist, die Nachfrage nach Fördermitteln für energetisches Sanieren zu decken, verdeutlicht das große gesellschaftliche Interesse an der energetischen Gebäudesanierung. Es zeigt auch, wie überaus wichtig es ist, mittels entsprechend ausgestatteter KfW-Förderprogramme hierfür die richtigen Anreize zu setzen. Die derzeitige Unstetigkeit des Förderaufkommens und die damit verbundene fehlende Verlässlichkeit verursachen jedoch Verunsicherung und Fehlanreize bei Verbrauchern, Herstellern und betroffenen Handwerkern - und sind damit kontraproduktiv. Gleichzeitig schwindet die Akzeptanz der energetischen Gebäudesanierung insbesondere bei Mietern, wenn die staatliche Kostenbeteiligung immer weiter abgesenkt wird. Als weitere Variante der Sanierung und Modernisierung muss auch der Bestandsersatz künftig gefördert werden. Dort, wo eine energetische Sanierung nicht wirtschaftlich ist, wird es nur auf diese Weise gelingen, Investoren zu finden, die den überalterten und energetisch ineffizienten Wohnungsbestand erneuern.

Die Verbände, die diese Stellungnahme tragen, fordern die Politik daher eindringlich auf, das ökonomisch wie ökologisch sinnvolle CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aufzustocken und in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr zu verstetigen wie auch den Ersatzneubau in die Förderung mit einzubeziehen.

Unterzeichner:

- | | |
|--|--|
| • Bundesvereinigung Bauwirtschaft | • Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR) |
| • Deutscher Mieterbund e.V. | • Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) |
| • Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF) | • Industrieverband Hartschaum e.V. |
| • IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) | • Nabu – Naturschutzbund Deutschland e.V. |
| • WWF Deutschland | • Tischler Schreiner Deutschland |
| • Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) | • VdZ- Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik e.V. |
| • Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz | • Verband Deutscher Kälte-Klima-Fachbetriebe |
| • Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) | • Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. |
| • Bundesverband Metall - Vereinigung Deutscher Metallhandwerke | • Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks |
| • Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz | • Zentralverband Raum und Ausstattung |
| • Deutscher Holzfertigbauverband | • Zentralverband Sanitär Heizung Klima |